

19.11.97

# Grüne fordern Rückkehr an den 'Runden Tisch' in Mönchehagen

## Entschließungsantrag im Landtag: „Bürgerbüro erhalten“

**Hannover/Mönchehagen (re).** Die umstrittenen Vorgänge um die Sicherung der Giftdeponie Mönchehagen bleiben weiter in Bewegung. Bündnis 90 / Die Grünen wollen in die Dezember-Sitzung des niedersächsischen Landtages einen Entschließungsantrag einbringen. In diesem Papier fordert die Partei entsprechend den Festlegungen der vergangenen Delegiertenkonferenz in Celle von der Landesregierung:

- Sofortige Maßnahmen, um die Einleitung „der dioxinverseuchten Wasser in die Ils zu stoppen“.

- Das im Mediationsverfahren vereinbarte Sicherungskonzept einschließlich der hydraulischen Maßnahmen ist vollständig durchzuführen.

- Die Aufkündigung des Mediationsverfahrens ist zurückzunehmen und die Arbeit in den Mönchehagengremien ohne Einschränkung auf der Basis des vollständigen Sicherungskonzepts wieder aufzunehmen.

- Das Bürgerbüro Mönchehagen als Bestandteil des Mediationsverfahrens ist ohne finanzielle Abstriche beizubehalten.

Gleichzeitig soll der Landtag die bisherige Einleitung belasteter Oberflächenwasser in die Ils und die damit ver-

bundene „fortgesetzte Vergiftung der Oberflächenwasser der Region“ ebenso verurteilen, wie die „durchsichtigen Versuche, das Gefährdungspotential für die Menschen der Region durch die Altlast zu verharmlosen und herunterzuspielen. Die Grünen verlangen weiter, die einseitige Aufkündigung des Mediationsprozesses zum Ende des Jahres durch die Landesregierung und die Auflösung des Bürgerbüros zu rügen.

Die für den Baubetrieb und die Sicherung der Giftdeponie verantwortliche Bezirksregierung hat die Mitglieder des Vermittlungsausschusses im Mönchehagen-Verfahren zu einer Sitzung des technischen Forums eingeladen. Am Donnerstag, 4. Dezember, soll auf dem Deponiegelände die umstrittene Einleitung von Niederschlagswasser in die Ils diskutiert werden.

Wie berichtet, wehren sich Bürgerinitiativen und die Stadt Petershagen vehement gegen die Ableitung ihrer Oberflächenwasser in die Ils. Die Stadt plant, dagegen gerichtlich eine einstweilige Anordnung zu erwirken. Demgegenüber halten Bezirksregierung und das Landesamt für Ökologie die Belastungswerte in der Ils für tolerabel.